



NEWSLETTER IV/2009

NORD|SÜD *news*



Foto: © picture alliance/dpa / F. Ahmed

Der Krise ausgeliefert: Heimarbeiterinnen im Süden

Fünf bis sechs Stunden pro Tag näht Shahida Asif Blusen und Kurtas, lose pakistanische Hemden. Die Blusen sind sicher für den Export, meint sie, denn in Pakistan trägt niemand solche Kleidung. Wohin die Blusen gehen, weiß sie nicht, für sie macht es auch keinen Unterschied. Sorge bereitet Shahida Asif jedoch die stark abnehmende Nachfrage nach solchen Blusen. Denn der Mittelsmann, von dem sie Aufträge und Material bekommt, will immer weniger davon. Noch vor zwei Jahren nähte Shaida Asif bis zu elf Stunden am Tag. Jetzt ist es nur mehr halb so lang, und jedes Mal muss sie mit dem Mittelsmann streiten, damit er den Stückpreis nicht noch weiter herabsetzt. „Wir kommen kaum noch über die Runden“, sagt Shahida Asif.

Die Witwe lebt mit ihrem Sohn, der Schwiegertochter und dem Enkel in einer Hütte in Orangi

Town, einem riesigen Slumviertel im Nordwesten von Karachi, der pakistanischen Hafenmetropole. Ihr Sohn Faisal arbeitete einige Jahre in einer Fabrik, doch voriges Jahr verlor er seinen Job. Vor drei Monaten kam er dann als Tagelöhner bei einem Großhändler unter, aber der behandelte ihn so schlecht, dass er die Arbeit aufgab. „Mein Sohn muss sich nicht anbrüllen und schlagen lassen“, sagt Shahida Asif, „ich will nicht, dass er unter solchen Bedingungen arbeitet. Irgendwie werden wir es schon schaffen.“ Wo die Mutter bei den Ausgaben einsparen will, kann sie selbst nicht sagen. Während die Arbeit weniger geworden ist, sind die Preise für die Grundnahrungsmittel gestiegen. Davon, sich selbst ein neues Gewand zu kaufen, träumt Shahida Asif nicht einmal mehr. Shahida Asif ist eine von zehntausenden Frauen, die in Orangi Town ihren Unterhalt mit Heimarbeit

Weiter auf Seite 2



Inhalt

Titel

- | Der Krise ausgeliefert:
Heimarbeiterinnen im Süden S.1

Kommentiert

- | Krisengipfel der Gewerkschaften S.2

Vorgestellt

- | Mato Lalić; Gertrud Moll S.3

Aus der Arbeitswelt

- | Sambia: Krise im Bergbau heißt Armut S.4
- | Kolumbien: Widerstand gegen Paramilitärs S.5

Aus Projekten und Kampagnen

- | Südafrika: Kick gegen Sklavenarbeit S.6
- | Indonesien: Mindestlöhne für Menschen
Brasilientagung: Austausch durch Netzwerke S.7

Notiert

- | Ermutigung durch Nord-Süd *news*;
Freilassung in Izmir; Dialog in Südostasien;
Reguliert aus der Krise S.8
- | Terminhinweise,
Impressum S.8



Fortsetzung von Seite 1

verdienen. Sie nähen oder besticken Bekleidung, weben Teppiche, rollen Räucherstäbchen und Beedi-Zigaretten. Tag für Tag sitzen sie am Boden ihrer ärmlichen Behausungen und arbeiten. Selbst in den besten Zeiten ist es schwierig für sie, damit ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Denn sie sind der Willkür der Mittelsmänner ausgeliefert.

Mehr als 90 Prozent der Arbeiterschaft in Pakistan ist im informellen Sektor tätig, mehr als die Hälfte davon sind Frauen. Rund zehn Millionen pakistanische Frauen sollen als Heimarbeiterinnen ihr Geld verdienen. Dennoch ist dieser Sektor bis heute nicht geregelt; er fällt nicht unter die Arbeitsgesetzgebung, und es gibt keine gesetzlich fest gelegten Mindestlöhne. Heimarbeiterinnen verfügen über keinerlei ökonomische oder soziale Absicherung. Eine Rücklage für schlechte Zeiten anzulegen, ist für sie unmöglich. Weltweit gehören die Menschen, die im informellen Sektor tätig sind, zu den Ärmsten der Armen.

Auch in anderen Ländern des globalen Südens ist die große Mehrheit der erwerbstätigen Frauen und Männer im informellen Sektor aktiv. Es handelt sich um hunderte Millionen von Menschen. Ungeachtet der großen Zahl bleibt ihr Schicksal auch in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise zu meist unbeachtet. Berichte gab es über die Millionen Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen, die in China ihre Jobs verloren und in ihre Heimatdörfer zurück gehen mussten; Veröffentlichungen gibt es auch über die weltweit steigende Zahl der Arbeitslosen. Doch die umfassen nur jene Menschen, die zuvor eine feste Anstellung hatten. Frauen wie Shahida Asif zählen nicht dazu.

Brigitte Voykowitzsch

 Die Autorin ist freie Journalistin in Österreich

Ohne Polster

Die Nichtregierungsorganisation WIEGO (Women in Informal Employment: Globalizing and Organizing) hat im August 2009 eine Studie über die aktuelle Lage der im informellen Sektor arbeitenden Frauen weltweit vorgelegt. Unter dem Titel „No Cushion to Fall Back On“ (Kein Polster, auf das man zurückgreifen könnte) konzentrierte sie sich auf drei Gruppen – Heimarbeiterinnen, Straßenverkäuferinnen und Müllsammlerinnen. Das ernüchternde Resümee von WIEGO: „Die globale Rezession drängt die Arbeiterinnen im informellen Sektor und ihre Familien weiter in die Verarmung.“ (voy)

 Link zur Studie: www.inclusivcities.org/GEC_Study.html

Krisengipfel der Gewerkschaften

Im Zuge der politischen Bewältigung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise entwickeln sich neue Strukturen des Globalen Regierens („Global Governance“). Wo bisher die wirtschaftsstarke Nationen des Nordens in der Gruppe der G8 das Sagen hatten, beteiligen sich im weiteren Kreis der G20 nun auch die Schlüsseländer des Südens am globalen Krisenmanagement. Dazu gehören China, Indien, Brasilien, Indonesien und Südafrika. Eingedenk ihrer zunehmenden Bedeutung für die Weltwirtschaft traten sie bei den bisher drei Krisengipfeln der G20 in Washington, London und Pittsburgh selbstbewusst und fordernd auf.

Für die Gewerkschaften gab es im G8-Kontext seit Jahren fest etablierte Konsultationsverfahren mit den Arbeitsministern, aber auch mit den Staats- und Regierungschefs. Vieles von dem, was die internationale Gewerkschaftsbewegung bei Gipfeltreffen forderte, fand seinen Niederschlag in den Schlusssdokumenten der G8-Gipfel, z. B. die Stärkung der Rolle der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und ihrer völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarungen und Abkommen, oder die Demokratisierung der Internationalen Finanzinstitutionen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) hat deshalb gleich beim ersten Krisengipfel der G20 in Washington im vergangenen Jahr einen Platz am Verhandlungstisch des internationalen Krisenmanagements gefordert. Solange sich dies nicht in einem offiziellen Konsultationsverfahren konkre-

tisiert, haben sich die Gewerkschaftsbünde aus den G20-Staaten, die Teil der demokratischen Gewerkschaftsbewegung des IGB sind, auf ein kreatives Lobbying im Vorfeld der offiziellen Gipfel verständigt: Ob in Washington, London oder im September in Pittsburgh – die internationale Gewerkschaftsbewegung hielt ihre eigenen Gipfel ab und warb in vielen Einzelgesprächen mit den Staats- und Regierungschefs für ihre Vorschläge zur Bewältigung der Krise.

Ein konkretes Ergebnis ist die hohe Priorität, die die G20-Gruppe mittlerweile dem gemeinsamen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit beimisst. Sie orientiert die weltweiten Programme der konjunkturellen Wiederbelebung an den Zielen des Globalen Beschäftigungspaktes („Global Jobs Pact“) der ILO. Das ist ein Fortschritt in einem Prozess, der sich bisher eher auf die Rettung systemrelevanter Banken und neue Regularien für die Finanzmärkte konzentriert hat. Zum anderen ist da die Bereitschaft der G20, mit einer Charta für nachhaltiges Wirtschaften einen politischen Orientierungsrahmen für eine künftige globale Wirtschaftsregierung zu schaffen. Die internationale Gewerkschaftsbewegung wird darauf achten, dass die grundlegenden Arbeitnehmerrechte, so wie sie die ILO definiert, elementarer Bestandteil dieser Charta werden. Schließlich wächst unter den meisten G20-Führern die Erkenntnis, dass ohne die aktive Beteiligung der Arbeitnehmerorganisationen eine Neujustierung der Weltwirtschaft unter nachhaltigen und sozial gerechteren Prämissen nicht umsetzbar ist. Ein erstes, wenn auch bescheidenes Signal für dieses neue Denken ist die offizielle Teilnahme der ILO bei allen künftigen G20-Treffen. Ein weiteres können die G20 setzen, wenn sie zu der geplanten ersten G20-Arbeitsministerkonferenz im Frühjahr 2010 die Gewerkschaften einladen.

Ein Zurück zum „business as usual“ wird es mit den internationalen Gewerkschaften nicht geben. Solange die strukturellen Ursachen der Krise, beispielsweise die weltweit ungerechte Einkommensverteilung, nicht ernsthaft bekämpft werden, werden Gewerkschaften, nicht nur im G20-Kontext, keine Ruhe geben.

Dr. Wolfgang Lutterbach

 Der Autor ist Bereichsleiter für Internationale Gewerkschaftspolitik beim DGB Bundesvorstand.


 Link zur „Erklärung von Pittsburgh“ des IGB: www.tuac.org



Foto: © privat

Dr. Wolfgang Lutterbach

**Mato Lalić**

Ein geborener „Syndikalist“

Die serbischen Gewerkschafter tagen im Belgrader Hotel „Slavija“, einem Wolkenkratzer aus der Tito-Zeit. Beide haben schon bessere Zeiten erlebt: Das Hotel braucht dringend Renovierung, die „Syndikalisten“ dringend Erneuerung. Der Mann, der ihnen den Weg weist, heißt Mato Lalić (61) und kommt aus dem kroatischen Zagreb. Im Auftrag der europäischen Gewerkschaftsverbände der Lebensmittelbranche (IUL) und der Chemie (ICEM) begleitet er die Gewerkschaften auf dem Balkan in der neuen, veränderten Gesellschaftsordnung. „Er ist einer von uns, er hilft uns gegen die „bösen“ Kapitalisten“, sagt Jovan, einer der serbischen Teilnehmer, verschmitzt.

Mato muss schon bei seiner Geburt in Nordkroatien ein „Syndikalist“ gewesen sein. Vor gut 30 Jahren kam der Maschinenbautechniker nach Deutschland, er „wollte die Welt sehen“. Er arbeitet als Schlosser und setzt sich gleich für bessere Arbeitsbedingungen im multinationalen Betrieb Neoplan in Stuttgart ein. „Da habe ich begriffen, dass ich zuerst richtig Deutsch lernen muss, wenn ich was erreichen will“, erzählt

Mato. Er engagiert sich in der IG Metall, wird 1981 Betriebsratsvorsitzender und bleibt in dieser Funktion vierzehn Jahre lang. „Nebenbei“ studiert er Volkswirtschaft in Zagreb und gehört dem Ausländerbeirat in Stuttgart an.

1996 kehrt Mato Lalić nach Zagreb zurück und wird ein kroatischer „Syndikalist“. Seit 1998 gibt er im Auftrag der europäischen Gewerkschaften sein Wissen und Können auf dem Balkan weiter. Er soll die alten sozialistischen Gewerkschaften reorganisieren helfen: „Die dienen eher der Politik als den Arbeitern“, meint der Gewerkschafter. Zu seinem Arbeitsgebiet gehören 49 Gewerkschaften von Albanien und Bulgarien bis Bosnien und Kroatien. Heute bildet er vor allem Gewerkschafter aus, die ihr Wissen an die Basis vor Ort weiter reichen. Besonders zu schaffen macht ihm die große Armut auf dem Balkan, und die Gewerkschaften, die niemand wahrnimmt.

Mato Lalić ist ständig unterwegs: Sarajevo, Tirana, Bukarest, Belgrad ... Hat er überhaupt noch Zeit? Wann spielt er mit seinen Enkeln, die an der kroa-



Foto: © Igor Ivancic

Mato Lalić

tischen Küste leben? „Ach, die Zeit ...“, sagt Mato wehmütig und nippt an seinem Espresso, „Schön wäre es, wenn der Tag 48 Stunden hätte...“

Danja Antonovic

 Die Autorin ist freie Journalistin in Belgrad und Hamburg.

Gertrud Moll

Adressatin für Hilferufe

Sie ist nicht der gestylte Karrieretyp. Gertrud Moll stellt sich mit gewinnendem Lächeln vor, bestellt „ein Bleifreies“ und genießt ihr alkoholfreies Bier. Schon seit Ende ihres Studiums arbeitet die 55-jährige Stuttgarterin bei Bosch. Noch länger macht sie in der IG-Metall Gewerkschaftsarbeit, seit gut zwei Jahrzehnten auch auf dem internationalen Parkett. „Wie die Jungfrau zum Kind“ sei sie dazu gekommen, beschreibt die Diplom-Mathematikerin ihren Weg, der sie zunächst mit den Kollegen in den brasilianischen Bosch-Dependancen Campinas und Manaus verbindet. „Uns wird seit Jahrzehnten vorgehalten, das Ausland produziert billiger“, erzählt die seit 2005 freigestellte Betriebsrätin. „Da wird ständig versucht, uns gegeneinander auszuspielen“. Ihr Fazit: „Es muss einen fairen Ausgleich geben.“ Auch in der Krise. Dafür kämpft sie. Inzwischen weltweit. Wenn Bosch-Mitarbeiter aus dem spanischen Alcalá de Henares vor dem Hauptsitz der Geschäftsbereichsleitung im deutschen Schwiebingen demonstrieren, um sich gegen die Werksschließung zu wehren, dann ist Gertrud Moll mit dabei – als Übersetzerin. Spa-

nisch, Englisch, Portugiesisch, Französisch und Latein sind die Sprachen, in denen sie sich heimisch fühlt. „Wenn man den Kollegen etwas vorstottern kann, kommen sie gleich auf einen zu“, skizziert sie ihre Erfahrungen mit internationaler Verständigung. Klar, dass sie die Adressatin für Hilferufe aus aller Welt ist, wenn wieder einmal ein angeblich unrentables Bosch-Werk geschlossen oder ein Teil der Belegschaft auf die Straße gesetzt werden soll. Dann übersetzt sie für den Gesamtbetriebsrat.

Sie sei „immer links gewesen, schon vom Studium her“, sagt die gebürtige Heilbronnerin, die sich heute auch für „die Linke“ engagiert. Damals Fachschaftsvertreterin, schrieb sie ihre Diplomarbeit („Optimale Bestellmengen“) bei Daimler und wurde dort 1978 als IG-Metall-Mitglied gewonnen. Zwei Jahre später begann sie bei Bosch. Dort setzte sie sich für Mitarbeiterbelange ein und wurde 1994 Betriebsrätin. Sie feilte an Betriebsvereinbarungen mit, bei denen es um Ergonomie, Beschränkung von Leistungskontrolle und Daten-



Foto: © Martin Storz/graffiti-foto

Gertrud Moll

schutz geht. Und natürlich liegt ihr die Gleichstellung von Frauen und Männern am Herzen.

Thomas Kinzel

 Der Autor ist freier Journalist in Stuttgart.



Krise im Bergbau heißt Armut

Sambia ist einer der größten Produzenten von Kupfer. Die Wirtschaft des Landes, welches zu den ärmsten der Welt zählt, hängt am Schicksal des Edelmetalls. Durch die globale Finanzkrise verfiel der Kupferpreis dramatisch und stürzte tausende Bergbauarbeiter in die Arbeitslosigkeit.

„Mineworkers' Union of Zambia“ (MUZ) ihren Job. Nur wenige blieben zurück, um das Areal betriebsbereit zu halten. Die Ereignisse führten der sambischen Gesellschaft vor Augen, dass die weltweite Finanzkrise, die nach dem Zusammenbruch führender amerikanischer Geldinstitute auf die Realwirtschaft übersprungen war, den

ferverträgen sowie Stellenabbau auf die fallenden Preise. Die Gewerkschaft MUZ schätzt, dass 8.100 von 30.000 Minenarbeitern im Jahre 2008 arbeitslos wurden und mangels sozialer Absicherung direkt in die Armut rutschten. Die sambische Regierung versuchte die Produktionskosten zu drosseln, indem sie bereits beschlossene Steuererhöhungen wieder zurücknahm.

„Man wird das Gefühl nicht los, dass manche Konzerne das Fehlen eines Bündnisses und einer einheitlichen Plattform für die Herausforderungen der Wirtschaftskrise in Sambia dazu nutzen, Ar-



Foto: © mm-j/flickr/cc 2.0

Kupferkathoden fertig zum Verschiffen: Vom Export des Edelmetalls hängt das Wohl der sambischen Wirtschaft ab.

Beim Erlegen einer Antilope stieß Anfang des 20. Jahrhunderts ein britischer Jäger im südlichen Afrika überraschend auf Kupfer. Kurz darauf gründete er die „Roan Antelope Copper Mines Ltd“ und begann mit dem Abbau des Edelmetalls: so will es die Legende. Die Mine liegt heute im Ort Luanshya im sambischen Kupfergürtel. Sie ist eines von vielen Bergwerken in der Region, welche die zweitgrößten Kupfervorkommen der Welt aufweist. Vor einem Jahr wurde bekannt, dass die Betreibergesellschaft „Luanshya Copper Mines“ die Arbeit dort einstellen wird. 1.720 Arbeiter verloren nach Angaben der Gewerkschaft

afrikanischen Kontinent erreicht hatte. Zugleich offenbarte sie die Anfälligkeit Sambias für globale Handelsschwankungen. Im Jahre 2008 erwirtschaftete das Land 65 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts im Handel, davon allein 31 Prozent durch Exporterlöse. Verstärkt wird diese Abhängigkeit durch die Konzentration auf den Kupferexport. Die Wirtschaftskrise ließ die Nachfrage nach Kupfer einbrechen. Der Preis fiel 2008 binnen weniger Monate um fast zwei Drittel.

Die sambische Bergbauindustrie hat bereits viel erlebt. Der kolonialen Ausbeutung folgte kurz nach der Unabhängigkeit die Verstaatlichung. Schulden und anhaltend geringe Kupferpreise verhinderten notwendige Investitionen. Anfang der 1990er Jahre wurde daher die Privatisierung eingeleitet. Das neue Geld und ein steigender Kupferpreis brachten den Sektor zurück ins Geschäft. Leidtragende dieser Radikalkur waren die Arbeitnehmer. Gehälter wurden gekürzt, Leistungen gestrichen und die Arbeitsbedingungen rauer. Viele Minenarbeiter verloren ihren Job.

beitsplätze zu streichen und die Regierung zu Steuererleichterungen zu bewegen,“ argwöhnte MUZ-Präsident Rayford Mbulu bei einem Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung Anfang 2009. Die Wirtschaftskrise behindert auch die gewerkschaftliche Arbeit. Beim Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen aber hatte die MUZ auch Erfolge: gespart wurde zuerst an der Arbeitszeit und bei ausländischen Kräften aus Europa und Asien.

Die Krise ist noch längst nicht ausgestanden. Dennoch steigt der Kupferpreis inzwischen wieder an, wobei vermehrte Einkäufe Chinas vermutlich eine Rolle spielen. Die Konzerne beginnen zögerlich, entlassene Arbeiter wieder aufzunehmen. Auch in Luanshya wird in Kürze wieder gearbeitet. Die Regierung hatte die Mine nach der Stilllegung übernommen und schließlich an einen chinesischen Betreiber weiterverkauft. Bis Oktober wurden 1.200 der gekündigten Arbeiter wieder eingestellt. Bis zur nächsten Krise.

Christoph Mönnigmann



Foto: © Christoph Mönnigmann

Stillgelegte Minen: Wegweiser im Kupfergürtel

Auch die jüngste Krise trifft die Beschäftigten hart. Die Konzerne reagierten mit Stilllegungen von Produktionsanlagen, Kündigungen von Zulie-

Der Autor studiert Politik- und Verwaltungswissenschaft in Konstanz und war Praktikant im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Sambia.



Widerstand gegen Paramilitärs

Montería gilt als die inoffizielle Hauptstadt der Paramilitärs in Kolumbien. An der Universität haben die Gewerkschaften nach Jahren des Terrors Widerstand gegen sie in Gang gesetzt.

Álvaro Vélez Aviaso legt Wert darauf, dass sein Name nicht mit dem des Präsidenten verwechselt wird. „Ich bin kein Freund von Álvaro Uribe Vélez. Er ist schließlich mitverantwortlich dafür, dass wir hier gegen den Einfluss der Paramilitärs kämpfen“ sagt der hagere Gewerkschafter mit dem von grauen Haaren durchzogenen Schnurrbart. Nur einige Meter entfernt stehen zwei bullige Typen auffällig unauffällig herum – Bodyguards. Aviaso steht ebenso wie Gewerkschaftssekretär Robinson Hosten unter Polizeischutz, denn es hat Morddrohungen gegen die beiden Universitätsangestellten gegeben. Verantwortlich dafür sind die national-konservativen Paramilitärs, die Andersdenkende auf Todeslisten setzen. „24 Mitarbeiter der Universität, Professoren, Techniker und Verwaltungsangestellte sind seit Mitte der 90er Jahre ermordet worden“, erklärt Hosten, ein gewichtiger Mann mit Schirmmütze. „Unsere Universität wurde quasi von den Paramilitärs gleichgeschaltet. Der Rektor ist von Carlos Castaño faktisch eingesetzt worden“. Carlos Castaño und Salvatore Mancuso hatten Mitte der 90er Jahre in Montería die „bäuerliche Selbstverteidigung von Córdoba und Urabá“



„Weg mit den Paramilitärs“: Graffiti an der Universität

(ACCU) gegründet, die gedeckt und in Kooperation mit der Armee im nördlichen Teil Kolumbiens operierte. Montería, die Hauptstadt des Departamento Córdoba im Nordosten Kolumbiens, wurde zur Basis des paramilitärischen Clans. Im Country Club der Viehzüchtermetropole gingen Mancuso, der heute in den USA im Gefängnis sitzt, und der 2004 wahrscheinlich von den eigenen Leuten ermordete Carlos Castaño jahrelang ein und aus. „Der Chef der lokalen Viehzüchtereinigung, Rodrigo García Caicedo, war ein guter Freund von ihnen“, erklärt Álvaro Vélez Aviaso und rückt seine Brille zurecht. Hinter seinem Rücken ist das Hauptgebäude der Universität mit den leicht verblichenen Graffiti zu sehen. „Weg mit den Paramilitärs“ oder „Keine weiteren Motorsägenmassaker“ steht auf der Fassade geschrieben. Die Slogans sind Zeugnisse des Aufbruchs, den die Gewerkschafter gemeinsam

mit Iván Cepeda, dem Koordinator der Bewegung der Opfer von Staatsverbrechen (Movice), eingeleitet haben. „Wir sind Opfer der Kooperation zwischen Staat und Paramilitarismus, wollen Gerechtigkeit und endlich wieder ein Klima des Dialogs an der Universität“ betont Aviaso. Er hat gemeinsam mit Hosten dafür gesorgt, dass die Zustände in der Millionenstadt ans Licht kamen. „Vor zwei Jahren haben wir uns mit der Bitte um Hilfe an Cepeda gewandt“, sagt Aviaso. Dabei zieht der gelernte Tischler mit Professoren und Studenten an einem Strang. Im Januar wurde der Rektor Claudio Sánchez Parra verhaftet – die Beweise gegen den universitären Statthalter der Paramilitärs waren so stichhaltig, dass die Justiz einschreiten musste. „Zu verdanken haben wir das Iván Cepeda, der in mehreren Artikeln und



Morddrohungen ausgesetzt: Álvaro Vélez Aviaso

einem solide recherchierten Buch das paramilitärische Netzwerk in Montería aufgedeckt hat“, erklärt Miguel Palomino Cantilla, Professor für Veterinärmedizin. An der Uni hat das für eine Aufbruchstimmung gesorgt. Ende Februar wurde für die Entlassung weiterer vermeintlicher Paramilitärs in der Verwaltung gestreikt. Seitdem eine internationale Anwaltsdelegation aus Europa die Uni besuchte, sei der Dialog mit der Universitätsleitung besser geworden, so Aviaso: „Internationale Aufmerksamkeit ist für uns ausgesprochen wichtig, denn die paramilitärischen Strukturen existieren schließlich noch“. Das bestätigt auch Iván Cepeda. Regelmäßig reist der Menschenrechtsaktivist nach Montería, um den Neuanfang zu unterstützen: „Man darf nicht lockerlassen, denn bisher wird in Montería noch nicht einmal darüber diskutiert, das von den Viehzüchtern finanzierte Denkmal zu Ehren der Paramilitärs abzureißen.“

Knut Henkel

 Der Autor ist freier Journalist in Hamburg.



Vor dem Denkmal zu Ehren der Paramilitärs posieren trotzige Vertreter des Widerstands.



Kick gegen Sklavenarbeit

Im Dezember 2009 soll in Kapstadt am „Green Point“ das letzte von zehn Fußballstadien für die Fußballweltmeisterschaft 2010 eingeweiht werden. Wer daran mitgebaut hat, muss keinen Eintritt bezahlen: FIFA hat allen 20.000 Bauarbeitern der Stadien Freitickets zugesagt.

sie aufgelistet: 20 Aktionen waren wilde Streiks, die meisten drehten sich um den Stundenlohn, um Transport zu den Baustellen oder um Sicherheitsprobleme. In der Summe ist es ihnen gelungen, die Bedingungen im Bausektor im ganzen Land zu verbessern; Mindestlöhne wurden auch auf die Vertragsfirmen ausgedehnt, und es wurden



Foto: © www.one.org/1GOAL-Kampagne

„1Goal – Bildung für alle“ ist das Ziel der Globalen Bildungskampagne und der FIFA für die WM 2010. Die Kampagne, an der die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) beteiligt ist, will Regierungen an die Millenniumsziele für Bildung erinnern.

Das Kartengeschenk gehört zu den Erfolgen einer gewerkschaftlichen Kampagne in Südafrikas Bausektor. Noch im Juli 2009 haben Streiks in der gesamten Bauindustrie Südafrikas internationales Aufsehen erregt, weil auch in den WM-Stadien die Arbeit stockte. „Wir kämpfen nicht um Brot, wir kämpfen um Brocken“, sagte Lesiba Seshoka von der Bergarbeitergewerkschaft NUM. 70 Prozent aller Bauarbeiter in Südafrika verdienen weniger als 2.500 Rand im Monat; das sind etwa 250 Euro. Ein Lohn, der zum Leben gerade ausreicht, läge bei 3.000 Rand. Als die Streikenden im Juli zwölf Prozent Lohnerhöhung durchgesetzt hatten, nahmen sie die Arbeit wieder auf. Jetzt liegt der Mindestlohn im Bausektor bei 2.933 Rand im Monat.

Der sieben Tage dauernde Streik war der 26. Ausstand im Rahmen der Kampagne für gute Arbeit, die drei im Bausektor tätige südafrikanische Gewerkschaften mit internationaler Unterstützung Ende 2007 auf den Weg gebracht haben. In einer von der Internationale der Bau- und Holzarbeiter (BWI) im September veröffentlichten Broschüre mit dem Titel „2010 World Cup and the Construction Sector – Campaign for Decent Work“ sind

Beauftragte für Gesundheit und Sicherheit gewählt. Für die südafrikanischen Gewerkschaften wurde die Kampagne 2010 auch zum Erfolg beim „Organizing“: fast die Hälfte der insgesamt 22.000 Arbeiter auf den Baustellen trat in eine der drei beteiligten Gewerkschaften ein. Das ist bei dem hohen Anteil von Leiharbeitern in dieser Branche bemerkenswert. Wo die Arbeiter nach Projektabschluss von Baustelle zu Baustelle geschickt werden, ist die Mitgliederbetreuung besonders schwierig, schreibt der Koordinator der Kampagne für gute Arbeit, Eddie Cottle, in der Broschüre der BWI: „Diese Art von Anstellung bedeutet keine



Foto: © picture alliance/dpa/Nic Bothma

Einstimmung auf den Kick-Off 2010 in Südafrika

würdige Beschäftigung, sie steht eher für einen sklavenähnlichen Austausch von unfreier Arbeit“. Nach Auffassung des Gewerkschaftsbundes COSATU gehört sie verboten. Die Gewerkschaften im Bausektor, die ihre Erfahrungen und Erfolge an die Kollegen in Brasilien für die WM 2014 weiterreichen wollen, wenden sich in Südafrika nun den Straßenhändlern und Obdachlosen zu, die ebenfalls ein paar Brocken von den Gewinnen der Weltmeisterschaft erhoffen. Sie haben dazu Kontakt mit der Nichtregierungsorganisation StreetNet International aufgenommen. Die Interessen von Menschen im informellen Sektor stehen auch im Mittelpunkt der Kampagne deutscher Nichtregierungsorganisationen, die unter dem Titel „Kick for One World“ Verdienstmöglichkeiten für lokale Händlerinnen und Händler und öffentliche Übertragungen der Spiele fordert.

Nur bei einem Gewerbe wollen zivilgesellschaftlich Engagierte eine Teilhabe am WM-Boom verhindern: dem der Prostitution. Sie ist in Südafrika verboten, wird aber faktisch von der Polizei weitgehend toleriert, schreibt Rita Schäfer in ihrem Beitrag „Rotlicht 2010“ in der Zeitschrift „afrika süd“ 2/2009. Südafrika sei sowohl Zielland als auch Drehscheibe für den Handel mit Frauen aus Afrika, Osteuropa und China. Während afrikanische Frauennetzwerke bereits Öffentlichkeitskampagnen zum Schutz vor Zwangsprostitution gestartet haben, streiten die Südafrikanerinnen noch über den Sinn einer Legalisierung der Prostitution. In Deutschland will der Deutsche Frauenring der Zwangsprostitution wieder einen „Abpiff“ geben.

Sigrid Thomsen



Link zur BWI-Broschüre: www.bwint.org



Foto: © picture alliance/dpa/Nic Bothma

Erichtung des Greenpoint Fußballstadions für die FIFA Fußball-Weltmeisterschaft 2010 in Kapstadt



Mindestlöhne für Menschen

Das gewerkschaftliche Forschungszentrum TURC hat in der indonesischen Hauptstadt Jakarta eine Kampagne für einen menschenwürdigen Mindestlohn auf den Weg gebracht. Mit dabei waren am internationalen Tag für gute Arbeit am 7. Oktober mehrere Gewerkschaften aus der Bekleidungsindustrie in Indonesien. Mit dabei an anderen Orten waren auch Aktivisten aus Indien, China, Thailand, Malaysia, Bangladesh, Sri Lanka, den Niederlanden, den USA und Großbritannien.



Foto: © TURC

Indonesische Gewerkschafter demonstrieren

Das vom DGB Bildungswerk unterstützte Zentrum TURC hat den Partnern in der Kampagne für einen „anständigen“ Mindestlohn in der asiatischen Bekleidungsindustrie sein Trainingskonzept zum Thema Mindestlöhne zur Verfügung gestellt. Es hat bereits in zehn verschiedenen Regionen entsprechende Seminare abgehalten.

„Wir haben mit einer Forschung über die Mindestlohnpolitik und ihre Praxis begonnen und dabei den Schwerpunkt auf die gewerkschaftlichen Strategien im Umgang mit diesem Thema gelegt“, sagt Surya Tjandra, der im Oktober auf Einladung der Hans Böckler Stiftung an einem asiatisch-europäischen Dialog über globale Standards für Mindestlöhne in Düsseldorf teilgenommen hat. „Das Ergebnis der Forschung wurde später zusammen mit den Beiträgen der Seminarteilnehmer als Handbuch für Gewerkschaften zum Eintreten für die Löhne in der Region veröffentlicht.“ TURC bietet auch Kurse über Arbeitsrecht für Gewerkschafter und Arbeitsrichter an und forscht zu arbeitsrechtlichen Themen, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und zu sozialer Sicherheit. Außerdem bietet es Rechtsberatung für Arbeitnehmer und Gewerkschafter an. In der Reformära der letzten zehn Jahre sei die Möglichkeit für Gewerkschaften gewachsen, sich an der Gestaltung der Politik zu beteiligen, berichtet Surya Tjandra, auch an der Festsetzung der Mindestlöhne. Wegen der Schwäche der Gewerkschaften als Tarifpartner seien die indonesischen Arbeiter bei Lohnkämpfen aber noch abhängig von der Gesetzgebung und der generellen Festsetzung von Mindestlöhnen.



Foto: © Reinhard Bartsch

Brasilianische Metaller diskutieren in Hattingen.

wechsels im Betrieb erhalten bleiben“, erklärte Fábio Augusto Lins, Vertreter des BASF-Netzwerkes in Brasilien. Gezielte Projekte, beispielsweise zur Arbeitssicherheit oder zum Gesundheitsschutz, können ein Netzwerk stärken. In diesem Zusammenhang wurde von Júlio César Martins, Vertreter des ThyssenKrupp-Netzwerkes, auch auf die Kooperation der innerbrasilianischen Unternehmensnetzwerke hingewiesen, die eine wichtige Grundlage für die länderübergreifende Netzwerkarbeit darstellen.



Foto: © Reinhard Bartsch

Fábio Augusto Lins (BASF-Netzwerk) bei der Brasiliantagung

Austausch durch Netzwerke

Im Fokus der diesjährigen Tagung zur gewerkschaftlichen Brasilienarbeit im Oktober stand die Analyse gewerkschaftlicher Netzwerke auf Unternehmensebene vor dem Hintergrund der weltweiten Wirtschaftskrise.

Die Vertreter des deutschen Daimler-Netzwerkes betonten die Bedeutung des regelmäßigen Informationsaustauschs z. B. über die Arbeitsplatzsituation in Brasilien und schätzten die wechselseitige Unterstützung im Rahmen von Lohnkämpfen hoch ein. Antenor Eiji Nakamura, brasilianischer Vertreter des Bayer-Netzwerkes, nannte das Auf-

stellen von Forderungskatalogen und die Stärkung der internationalen Solidarität als zentrale Vorteile der Netzwerkarbeit. Ausreichende Sprachkompetenz, gemeinsame Konsenspunkte und Themen, aber auch anerkannte Koordinatoren sind nach den Erfahrungen der Praktiker für eine konstante Netzwerkarbeit von entscheidender Bedeutung. Für die Kontinuität müssen Vorkehrungen auf beiden Seiten getroffen werden: „Es ist wichtig, dass in jedem Fall mindestens zwei Vertreter im Unternehmen verantwortlich in die Netzwerkarbeit eingebunden sind, damit Ergebnisse und Kontakte im Falle des Weggangs eines Vertreters aus dem Unternehmen oder im Falle eines Zuständigkeits-

Für die weitere Entwicklung der Netzwerkstrukturen wollen die brasilianischen und deutschen Vertreter neue Formen des Informationsaustauschs schaffen.

Susanne Hermen

Die Autorin ist Öffentlichkeitsreferentin beim Nord-Süd-Netz.



Ermutigung durch Nord-Süd news

Nach dem Wunsch von Leserinnen und Lesern sollten die „Nord-Süd news“ im Wesentlichen bleiben, wie sie sind: Das ist das Ergebnis der Auswertung von 41 Fragebögen, die nach dem Erscheinen der dritten Ausgabe 2009 per Post oder E-mail zurückgeschickt worden sind. Einverstanden mit der Themenauswahl erklärten sich 27 derer, die geantwortet haben; jeweils zehn möchten gern mehr über soziale Bewegungen und internationale Kampagnen lesen. 31 Lesende zeigten sich mit den journalistischen Formen zufrieden; elf hingegen möchten gern mehr Kurznachrichten und Sachinformationen bekommen. Die vierteljährliche Erscheinungsweise passt 30 Reagierenden; acht hätten sie gern häufiger und ebenfalls acht hätten sie gern umfangreicher. Für eine Änderung der Erscheinungsweise genügen die Voten nicht, doch die thematischen Anregungen und Wünsche aus der Leserschaft können künftig in die „Nord-Süd news“ aufgenommen werden. „Bei allen Berichten über die Unterdrückung und Behinderung der Gewerkschaften und ihrer Arbeit zeigen sie zugleich erfolgreiche Gegenwehr und Gegenaktivitäten auf. Eben das bedeutet Ermutigung“, schrieb eine Leserin. Ihr und allen, die sich die Zeit zum Beantworten des Fragebogens genommen haben, gilt der Dank der Redaktion; Kritik und Anregungen sind auch weiterhin willkommen.

Freilassung in Izmir

Vor dem zehnten türkischen Strafgerichtshof in Izmir hat am 19. und 20. November die Beweisaufnahme gegen 31 Gewerkschafter der Bildungsgewerkschaft Egitim Sen und des Dachverbands der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst KESK begonnen. Ihnen wird vorgeworfen, für die kurdische Arbeiterpartei PKK Geld und Unterschriften für den Unterricht in kurdischer Sprache gesammelt zu haben. Zehn Frauen und zwölf Männer waren deshalb Ende April verhaftet worden. Etwa 500 Gewerkschaftsmitglieder haben zu Prozessbeginn für ihre Freilassung demonstriert. Sie wurden unterstützt von Prozessbeobachtern der Bildungsinternationale aus Dänemark, Frankreich und Großbritannien; für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft war ihr internationaler Referent Manfred Brinkmann in Izmir. Die Proteste hatten Erfolg: Am Ende des zweiten Verhandlungstags hoben die Richter den Haftbefehl gegen die 22 Gefangenen auf. „Wir müssen jetzt weiterhin Druck machen, damit das Verfahren eingestellt wird“, sagte die Vorsitzende der Egitim Sen, Sü-



Foto: © Manfred Brinkmann

Demonstration in Izmir mit internationaler Beteiligung

byde Kiliç. Nach ihrer Bewertung handelt es sich um einen Angriff gegen die Gewerkschaften, der sich nur vordergründig um die Kurdenproblematik dreht: „Wir wollen ein öffentliches Bildungs- und Gesundheitswesen und wir wehren uns dagegen, dass die Kosten der Krise von den Beschäftigten bezahlt werden sollen.“

www.gew.de/Etappensieg_in_Izmir.html

Dialog in Südostasien

Am Rande des 15. Gipfels der Vereinigung südostasiatischer Länder (ASEAN) haben sich am 24. Oktober in Bangkok (Thailand) zum ersten Mal Vertreter der Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Arbeitsministerien zu Gesprächen getroffen. Der Einladung des ASEAN Services Employees Trade Union Council (ASETUC), der von den Dienstleistungsgewerkschaften der Region getragen wird, folgten mehr als 60 Gewerkschaftsvertreter sowie die Spitzenvertreter der Arbeitsministerien aus Brunei Darussalam, Kambodscha, Indonesien, Laos, Myanmar, Thailand und Vietnam, Vertreter der Confederation of Employers (ACE) und eine Delegation des ASEAN-Sekretariats.

Nachdem ASEAN während der letzten fünf Jahre den Handel in Südostasien stark intensiviert hat und eine Freihandelszone im Jahre 2015 anstrebt, engagiert sich ASETUC seit zwei Jahren für die Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern in der Region. Während der Konferenz vereinbarten alle drei Parteien deshalb weitere Kooperationen. Das ASEAN-Sekretariat regte an, dass ASETUC einen offiziellen Beobachterstatus beantragt, um langfristig einen sektoralen sozialen Dialog ähnlich wie in der Europäischen Union aufzubauen. (br)

Reguliert aus der Krise

Unter dem Titel „Freiwillig in die Krise – reguliert wieder heraus“ ist die Dokumentation einer Fachtagung über Wege aus der Krise vom 26. März

in Berlin erschienen. Zusammen mit dem CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, dem Global Policy Forum, dem Kinderhilfswerk terre des hommes und der Gewerkschaft ver.di hat das DGB Bildungswerk in Berlin über notwendige Reformen und Regeln für Unternehmen und Banken diskutiert, die schwere ökonomische Krisen künftig verhindern könnten.

Dokumentiert sind die Beiträge von Professor Jörg Huffschild von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik über die Ursachen der Krise, Pedro Morazán vom Südwind-Institut über ihre Auswirkungen im Süden, Barbara Happe, Urgewald, mit Anregungen für eine zukunftsfähige Finanzindustrie, Berndt Moritz von den Kritischen Aktionärinnen und Aktionären mit neuen Spielregeln für Unternehmen sowie Nicola Liebert vom Netzwerk Steuergerechtigkeit über Steueroasen.

www.nord-sued-netz.de

Termine

06.–07.02.2010

Nähen unterm heißen Blechdach – Arbeitsbedingungen bei Outdoor-Zulieferern in El Salvador
| DGB Tagungszentrum Hattingen

19.–21.02.2010

Jugendzukunftscamp „Perspektiven einer besseren Welt“
| Jugendbildungszentrum Hattingen

Anmeldung und Informationen:www.nord-sued-netz.de

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich
Verantwortlich: Nina Berg
Redaktion: Sigrith Thomsen
Satz: Achim Konopatzki
Druck: Setzkasten Düsseldorf
gedruckt auf FSC-Papier

DGB Bildungswerk e.V.
Nord-Süd-Netz
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/4301-371, Fax: 0211/4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de
www.dgb-bildungswerk.de

Spendenkonto: SEB Bank AG,
Kto 101 600 9300, BLZ 300 101 11



Gute Arbeit – weltweit

Menschenunwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen gibt es überall – bei uns und in den Ländern des Südens. Mehr denn je sind wir gefordert, uns weltweit zu vernetzen und grenzüberschreitend zu handeln.

Das Nord-Süd-Netz des DGB Bildungswerk setzt sich dafür ein, dass Menschen- und Gewerkschaftsrechte, soziale Mindeststandards und nachhaltiges Wirtschaften überall auf der Welt erhalten und ausgebaut werden. Seit Jahren unterstützt es dazu Gewerkschaftsprojekte in Lateinamerika, Asien, dem südlichen Afrika und Südosteuropa.

Mit Ihrer Spende tragen Sie zu etwas mehr Gerechtigkeit in der Arbeitswelt bei und Sie geben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weltweit die Chance, sich zu bilden – soziale Entwicklung braucht Qualifizierung.

Weitere Informationen erhalten Sie im Internet unter:
www.gute-arbeit-weltweit.de

**Unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende:
Nord-Süd-Netz, SEB Bank AG Düsseldorf,
BLZ 30010111, Kontonummer 1016009300**